



Michael Wilksen – Der Neue an der Spitze der Landespolizei

Innenminister Hans-Joachim Grote stellt neue Polizeiführung vor

Kiel/tgr – Schleswig-Holstein hat einen neuen Landespolizeidirektor: Anfang Juli präsentierte Innenminister Hans-Joachim Grote im Rahmen einer Pressekonferenz seine Personalentscheidung für den Posten des ranghöchsten Polizisten des Landes.

Und den wird ab 1. August der bisherige Leitende Polizeidirektor Michael Wilksen bekleiden. Als Landespolizeidirektor wird Wilksen damit auch Chef des Landespolizeiamtes. Der 57-jährige Michael Wilksen ist verheirateter Vater einer erwachsenen Tochter. Er trat 1978 in den mittleren Dienst der Landespolizei ein. Seine 40-jährige Dienstzeit begann er nach seiner Ausbildung als Gruppenführer in der ersten Hundertschaft der Bereitschaftspolizei in Eutin. Dem Studium an der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz folgten verschiedene Tätigkeiten als Ausbilder, Fachlehrer und Vollzugsbeamter im gehobenen Dienst in verschiedenen Polizeirevieren. Nach der Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst an der Polizeiführungsakademie in Münster wurde Wilksen 1999 zum Führungsbeamten im höheren Dienst befördert. Dort folgten weitere Lehrtätigkeiten sowie Funktionen in verschiedenen Polizeidirektionen, im Landespolizeiamt und im Innenministerium. 2015 übernahm er die Leitung der Polizeidirektion Ratzeburg. Seit 2016 ist er Leiter der Polizeidirektion Aus- und Fortbildung und damit auch der Bereitschaftspolizei in Eutin.

In anschließenden Interviews bekannte der angesehene Schutzpolizist sehr offen, „stolz darauf zu sein“, für den Posten des ranghöchsten Beamten in der Landespolizei auserkoren worden zu sein. Als er vor 40 Jahren als Polizeiwachtmeister in der damaligen Bereitschaftspolizei auf der Hubertushöhe in Eutin angefangen habe, hätte er sich nicht im Traum vorstellen können, einmal Schleswig-Holsteins

ranghöchster Polizist werden zu dürfen, so Wilksen.

Und auch auf Nachfragen von Journalisten, was er denn nun in seiner Amtsführung anders machen würde als sein geschasster Amtsvorgänger, ließ sich Michael Wilksen nicht locken. „Das wäre kein guter Stil“, entgegnete der künftige Landespolizeidirektor. Er persönlich habe der Landespolizei sehr viel zu verdanken, zeigte sich der neue Landespolizeidirektor demütig. „Ich richte den Blick nach vorn“, unterstrich Wilksen, und brach eine Lanze für die Landespolizei und deren Ausbildung: „Der Nachwuchs für den mittleren und gehobenen Dienst der Landespolizei erfährt in der PD AFB und an der FHVD seit Jahren eine gute Ausbildung. Wir hatten nie besser ausgebildete Polizisten“, stellte Michael Wilksen fest. Die Polizeiausbildung habe im Laufe der vergangenen Jahrzehnte eine erhebliche Wandlung vollzogen. „Im Vergleich zu früheren Zeiten wird der Polizeinachwuchs heute fachlich, aber vor allem auch wertorientiert, für den polizeilichen Einzeldienst ausgebildet“, so der neue Landespolizeidirektor.

„Mit Michael Wilksen an der Spitze erhält die schleswig-holsteinische Polizei eine innerhalb und außerhalb der Landespolizei anerkannte Persönlichkeit, die es vermag, Menschen zusammenzuführen. Dies ist eine für sein neues Amt sehr bedeutende Eigenschaft“, kommentierte der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Andreas Kropius die Personalentscheidung des Innenministers.

Wilksen habe seinen Beruf buchstäblich von der Pike auf gelernt und dabei Erfahrungen in allen Laufbahnen gesammelt. „Das dürfte ihm in seiner neuen herausragenden Füh-



Gemeinsamer Weg: Innenminister Hans-Joachim Grote und der neue Landespolizeidirektor Michael Wilksen.
Archivfoto: Gründemann

rungsrolle sicherlich hilfreich sein“, so Kropius.

Für die Leitung des Landeskriminalamtes wurde Thomas Bauchrowitz ausgewählt. Der 53-jährige wird zum 1. September als Nachfolger von Torsten Kramer die neue Funktion übernehmen. Der 53-jährige Thomas Bauchrowitz war seit 2011 Leiter der Polizeidirektion Kiel.

„Mit den beiden Personalentscheidungen für die Landespolizei wird endlich die Zeit der Spekulationen beendet. Die Polizeibesetzten können nun ihre wichtige Arbeit für die Innere Sicherheit im Lande ohne Diskussionen über Führungspersonalien erledigen“, sagte Andreas Kropius weiter. Die GdP wünsche Michael Wilksen und Thomas Bauchrowitz auch mit Blick auf die ihnen künftig anvertrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viel Erfolg und Zuversicht im neuen Amt, so Kropius abschließend.



BEIHILFE

Beihilfebearbeitungszeiten unter einer Woche

GdP- und Bürgerbeauftragte zu Gesprächen im Finanzministerium

Am 21. Juni 2018 haben Frank Poser und Reimer Kahlke zusammen mit der Bürgerbeauftragten Samiah El Samadoni auf Einladung der Staatssekretärin im Finanzministerium, Dr. Silke Schneider, an einem Gespräch zu den Bearbeitungszeiten Beihilfe teilgenommen. Damit wurde eine Gesprächsrunde aus dem Januar, an der Torsten Jäger und Hermann Reissig teilgenommen hatten, fortgesetzt, in der die Missstände bei der Beihilfebearbeitung beanstandet und Forderungen über Mindeststandards vorge-



bracht wurden. Erörtert wurden nachstehende Punkte:

Bearbeitungszeiten

Zurzeit beträgt die Bearbeitungszeit drei bis vier Arbeitstage, die sich damit auf einen niedrigen Stand eingependelt hat. Nach Auskunft von Staatssekretärin Dr. Schneider haben ein Bündel von Maßnahmen, wie Mehreinstellungen, Betriebsvereinbarungen und freiwillige Überstunden, zum Abarbeiten des Rückstandes geführt. Der von der GdP geforderte Standard von 14 Tagen Bearbeitungszeit ist nun Zielvorgabe der Staatssekretärin. Wird diese wieder überschritten, wird seitens des Ministeriums interveniert.

Erreichbarkeit der Hotline

Es wurde mithilfe einer neuen Telefonanlage festgestellt, dass Schwerpunkte der Anrufe Montag und Dienstag sind. Entsprechend wurde Personal umgesteuert und so die Erreichbarkeitsquote von 50 auf 80%

erhöht. Dieser Erfolg ist aber auch auf die geringen Bearbeitungszeiten zurückzuführen. Da man mit vier Stunden täglicher Erreichbarkeit im Bundesdurchschnitt im unteren Drittel liegt, wird es eine Ausweitung geben.

Kostenübernahmeerklärung/ Direktabrechnung, IT-Portal Beihilfe, Beihilfe-App

Diese soll möglich gemacht werden. Dafür wird unter Federführung des Hamburger Senats für Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein ein IT-Portal geschaffen. Ein Pilot startet 2019 in Hamburg und muss vertraglich abgesichert bis Ende 2019 laufen. Nach einem Jahr Pilot wird auf Bremen und Schleswig-Holstein erweitert. Zielmarke hier Jahresbeginn 2021. Weiterhin ist der Hamburger Senat federführend bei der Einführung einer Beihilfe-App in Kooperation mit den privaten Krankenversicherern. Mit dieser App können die Rechnungen eingelese/gescannt werden. Sowohl Beihilfestelle als auch Krankenversicherer bearbeiten diese und erstatten den jeweiligen Anteil. Zunächst erfolgt weiterhin eine Erstattung an den Beihilfeberechtigten, in einer zweiten Stufe ist eine Direktabrechnung geplant.

Reimer Kahlke, Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand:

„Das Ergebnis ist ein Meilenstein, der allen Beihilfeberechtigten in Schleswig-Holstein helfen wird.“

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 9/2018:
Montag, 6. August 2018



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

REGIONALGRUPPENTERMIN

Einladung

**Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte
Jahreshauptversammlung am Donnerstag,
27. September 2018, ab 14 Uhr im Nordkolleg,
Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg.**



PERSONALSITUATION DER LANDESPOLIZEI**Stellenstreichungen vom Tisch!**

Personalverstärkung für die Landespolizei – ab 2019 spürbar

Kiel – Ministerpräsident Daniel Günther hat im Rahmen einer Pressekonzferenz nun amtlich verkündet, dass die Landesregierung die im Polizeihaushalt befindlichen 190 Stellen (150 Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen und 40 Tarifbeschäftigte aus dem Nachtragshaushalt 2016), die mit Ablauf 31. 12. 2019 wegfallen sollten, dauerhaft sichert.

„Das ist eine gute und wichtige Entscheidung für die Landespolizei und die Menschen im Land. Damit werden die zusätzlich mit Beginn im Jahre 2016 eingestellten Polizisten nach Abschluss ihrer Ausbildung auch zahlenmäßig zur echten Verstärkung der Landespolizei gehören. Und die im selben Jahr befristet eingestellten Tarifbeschäftigten können unbefristete Arbeitsverträge erhalten“, kommentierte der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Andreas Kropius die Nachricht des Ministerpräsidenten. Mit ihrer Entscheidung folge die Landesregierung der beim GdP-Delegierten-

tag im November 2017 per Resolution geforderten Streichung dieser sogenannten „kw-Vermerke“ (kw: künftig wegfällig), so Kropius weiter. Die Forderung sei inhaltlich auch von der Führung der Landespolizei unterstützt worden. Der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende würdigte in der Sache die erfolgreichen Bemühungen des Innenministeriums, das offenbar den Ministerpräsidenten und die Finanzministerin überzeugt habe. Somit könne die Landespolizei ihre Planungen für die zukünftige Personalverstärkung in den Bereichen Präsenz, Prävention und Er-



Erfreuliche Botschaften: Ministerpräsident Daniel Günther vor der Landespresse.
Foto: Gründemann

mittlung verbindlich vornehmen. Das sei auch deshalb wichtig, weil daran Ausbildungs-, Ausstattungs- und nicht zuletzt Unterbringungsfragen gekoppelt seien.

Thomas Gründemann

ERSCHWERNISZULAGEN**Alte GdP-Forderung auf der Zielgeraden**

Erhöhung der Erschwerniszulagen angekündigt –
Endlich auch Zulagen für Zivile Streifenkommandos in Aussicht

Kiel – Die Jamaika-Koalition hatte sich im Koalitionsvertrag dazu bekannt, die Erschwerniszulagen zu erhöhen. Nach der Erhöhung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten auf 4,20 Euro zu Beginn des Jahres ist nun endlich auch geplant, die Erschwerniszulagen für Spezialeinheiten und Observationskräfte von Polizei und Verfassungsschutz dem Bundesdurchschnitt anzugleichen.

So sollen nach einer Verlautbarung von Innenminister Grote Anfang Juli im Landtag, Kräfte des Spezialeinsatzkommandos, des Mobilen Einsatzkommandos, verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler sowie beim Verfassungsschutz Mitglieder der Observationsgruppe und der begleitenden Operativtechnik eine Zulage von 300 Euro monatlich erhalten. Für Beamtinnen

und Beamte der zivilen Streifenkommandos, für die Fahndungs- und Aufklärungskräfte beim Staatsschutz im Landeskriminalamt sowie für die Personenschützer sei eine Zulage in Höhe von 150 Euro geplant. Mitglieder der Einsatzhundertschaft sollen demnach künftig 100 Euro erhalten. Bei diesen Forderungen waren sich fraktionsübergreifend alle innen- und rechtspolitischen Sprecher einig. Der amtierende Landespolizeidirektor Joachim Gutt hatte



Innenminister Hans-Joachim Grote
Foto: Gründemann

diese Zulagenerhöhung im Intranet der Landespolizei bereits im Mai angekündigt. Seit 2010 hat die GdP gemeinsam mit dem DGB eine Erhöhung der Zulagen für besondere Einsätze sowie der Aufnahme weiterer vergleichbarer Einheiten gefordert.

Der Stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Sven Neumann, hatte eine Umsetzung der Erhöhung der Erschwerniszulagen als zentrale Forderung der GdP Schleswig-Holstein im April 2018 nochmals angemahnt. „Wichtig ist uns nun vor allem, dass darauf geteilt wird, dass der § 15 der Erschwerniszulagenverordnung auch in sich schlüssig bleibt“, so Neumann.

Thomas Gründemann



Im Gespräch mit Daniel Günther

Andreas Kropius mit DGB beim Ministerpräsidenten

Kiel – Eine Delegation des DGB, angeführt von Uwe Polkaehn, dem Vorsitzenden des DGB Nord, führte Ende Juni ein Gespräch mit Ministerpräsident Daniel Günther zu drängenden Themen im Bereich des Öffentlichen Dienstes. Neben Polkaehn nahmen Olaf Schwede (DGB), Astrid Henke (GEW), Jens Mahler (ver.di) sowie Andreas Kropius (GdP) an dem Gedankenaustausch teil.

Die Wochenarbeitszeit, Beamtensold und -versorgung, sachgrundlose Befristungen sowie Grundsätzliches zu Beteiligungsverfahren waren Gesprächsinhalte. Andreas Kropius unterstrich in dem offenen Austausch mit dem Ministerpräsidenten vor allem die Forderung nach Wiederherstellung der Weihnachtsgeldzahlung, Reduzierung der Wochenarbeitszeit von derzeit 41 Stunden für alle Landesbeamten und Wie-



Im Austausch: Ministerpräsident Daniel Günther mit der DGB-Delegation. Foto: Gründemann

dereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Vollzugszulage für Polizei, Justiz und Feuerwehr. Gleichzeitig appellierte der Stellvertretende Landesvorsitzende auch nachdrücklich dafür, möglichst unbefristete Arbeits-

plätze im Tarifbereich zu schaffen. Am Ende des Gesprächs signalisierte Daniel Günther, dass die Botschaften der DGB-Gewerkschaften angekommen seien. Diese seien im Zusammenhang mit der notwendigen Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Dienstes zu prüfen. Hierzu würden in Kürze weitere Gespräche mit den Gewerkschaften geführt. Der Ministerpräsident verwies allerdings auch auf die Notwendigkeit, Prioritäten im Haushalt zu setzen. Viele Wünsche der Gewerkschaften seien nachvollziehbar, aber nicht bezahlbar. Daniel Günther hob die besondere Bedeutung der Frage der Übernahme des kommenden Tarifabschlusses der TdL für die Beamtinnen und Beamten hervor. Dabei werde die Landesregierung entsprechend des Koalitionsvertrages anstreben, den Tarifabschluss auch für die Beamtinnen und Beamte sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übernehmen.

Einigkeit bestand zwischen den DGB-Vertretern und dem Ministerpräsidenten darin, dass weitere Schritte zur Steigerung der Attraktivität und der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes unternommen werden müssten. **Thomas Gründemann**



REGIONALGRUPPENTERMIN**Sehr zufriedene Seminarteilnehmer**

Vorbereitung auf den (Un-)Ruhestand / GdP-Seminar

Bad Malente (pr) – Ein breit gefächertes Themenangebot erwartete die Teilnehmer des GdP-Seminars zur Vorbereitung auf den Ruhestand, das abermals in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente angeboten wurde. Und die GdP traf für die 33 Seminarteilnehmer offenbar wieder „ins Schwarze“.

Unser GdP-Landesvorsitzender Torsten Jäger ließ es sich selbstverständlich nicht nehmen, den ersten Vormittag mit „seinen zukünftigen Senioren“ zu verbringen. Er berichtete umfänglich über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit. Selbstbewusst blickte er mit uns auf eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit zurück, wobei er einräumte, dass noch viele „große Brocken“ vor uns liegen würden.

Nicht zu unterschätzen waren auch die erfolgreichen Initiativen der GdP bei den unerträglich lang gewordenen Beihilfebearbeitungszeiten; unterstützt von einigen betroffenen Kollegen, die sich mit scharfen Briefen an die örtlichen Landtagsabgeordneten wandten.

Im Vorwege hatten Uwe Wessler und Frank Poster aus der GdP-Bildungskommission Themen für das Seminar erarbeitet. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband vermittelte erneut Herrn Rechtsanwalt Thomas Menzel aus Bad Malente.

Rechtsanwalt Menzel referierte zunächst zum Thema „Gut vorgesorgt mit Vollmachten und Verfügungen“. Hierbei wurde vielen vor Augen geführt, wie wichtig es im Alter, aber auch bei Krankheit ist, mithilfe von Verfügungen und Vollmachten medizinische, betreuende und finanzielle Regelungen festgelegt zu haben.

Mit einem weiteren interessanten Thema war Rechtsanwalt Menzel am

zweiten Seminartag abermals unser Gast. „Erben und Vererben“ war es überschrieben. Auch zu diesem Thema wurde vielen Teilnehmern klar, wie wichtig es ist zu Lebzeiten die Vermögensübertragung festzulegen, um beim Erbe Streitigkeiten zu vermeiden. Nur stichwortartig sei dieses Referat beschrieben: Erbvertrag, Testament, Gesetzliche Erbfolge; Form, Inhalt und Wirkung des letzten Willen; Erbschaftsteuer; schenken statt vererben; Erbschaft ausschlagen. Es kann nur geraten werden, zeitgerecht fachanwaltliche und/oder notarielle Begleitung in Anspruch zu nehmen.

Zu beiden Themen leistet die GdP-Broschüre APS-Vorsorge sehr, sehr gute Dienste. Diese erhalten GdP-Mitglieder bei ihren Regionalgruppen natürlich kostenlos.

Mit dem Thema Beihilfe werden der überwiegende Teil der Kolleginnen und Kollegen erst im Ruhestand konfrontiert.

Dankbar waren wir daher erneut, dass der Abteilungsleiter „Beihilfe“, Herr Björn Möller, aus dem DLZP bei seinem Referat „Leistungen der Beihilfe für Versorgungsempfänger“ keine Frage unbeantwortet ließ.

Das Thema „Alimentation des Dienstherrn, Versorgung im Ruhestand“ klingt nüchtern.

Jörg Struve aus dem Landespolizeiamt verstand es jedoch, das Interesse der Seminarteilnehmer zu wecken. Einigen war die Berechnung der Versorgung, aber auch die Versorgung von



Interessiert: Die Seminarteilnehmer folgten den Ausführungen der Vortragenden.

Hinterbliebenen, z. B. beim Zusammentreffen von Hinterbliebenenversorgung und Rente, überhaupt nicht klar.

Stefan Mackeprang, ebenfalls aus dem LPA, stand für Beamtenrechtsfragen zur Verfügung.

Ja – und der GdP-Landesseniorenvorsitzende Hermann Reissig durfte auf diesem Seminar nicht fehlen. Herrmann stellte die Arbeit der Seniorengruppe, aber auch die Rolle der Senioren in der GdP vor. Spontan sagten zwei Seminarteilnehmer: „Da mache ich mit und werde in meiner Regionalgruppe Seniorenvertreter.“

Frank Poster unterstützte Hermann Reissig bei der Vorstellung Aktiv-Programmsenioren (APS), das nur für GdP-Mitglieder online im geschlossenen Mitgliederbereich aufgerufen werden kann.

Abschließend kann durchweg wieder ein dickes Lob an die vielen fleißigen Hände und an die Verwaltung der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte gerichtet werden.

REGIONALGRUPPENTERMIN**Einladung!**

Lübeck-Ostholstein
Seniorentreffen am Montag, 3. August 2018, 15.00 Uhr, im DGB-Haus. Weitere Treffen jeweils am 1. Montag im Monat.

Schleswig-Holstein Mitte
Jungsenioren-Stammtisch am **Donnerstag, 16. August 2018, 17.00 Uhr**, im Sportlerheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg.

Anmeldungen bei Falk (0 43 92/15 68) oder Bernhard (0 43 21/7 47 52).

Das einzige Thema ist wie im Vorjahr „Grillen“.



Widerspruch eines (auch nur übergangsweisen) Vorgesetzten

Gegendarstellung zum Artikel „Rückenwind – Wünsche mir mehr Verständnis“ aus der DP 7-2018

In der letzten Ausgabe des DP-Landesjournals durfte ich den oben genannten Artikel in meiner Gewerkschaftszeitung lesen. Nun möchte ich zunächst ganz bewusst nicht darauf hinweisen, wie schlimm und tragödienhaft das Schicksal zuschlagen kann. Dies ist allseits bekannt sowie anerkannt und konnte im Artikel nicht deutlicher klargestellt werden.

Gleichwohl kann ich es nicht gutheißen, dass Kritik an Vorgesetzten geübert und abgedruckt wird, ohne dass diesen auch einmal die Chance zur Gegendarstellung eingeräumt wird.

Daher möchte ich dies hiermit tun, damit auch eine andere Wahrheit kundgetan wird und hoffe, dass dies bei der DP Gehör findet.

Die Kollegin Albrecht hat nicht, wie von ihr formuliert, Steine auf ihrem Dienstweg vorgefunden. Aus meiner Sicht, der letztlich für lediglich sechs Monate vorgesetzt war, war der Weg bestens geebnet. Die Dienstplangestaltung oblag ausschließlich der Kollegin Albrecht. Allein, dass sie sofort in den Ermittlungsdienst gehen konnte, ohne dass zum fraglichen Zeitpunkt eine Erkrankung definitiv attestiert wurde, ist im Vergleich zur heutigen Praxis ein deutliches Plus für die Kollegin und ihre Familie gewesen. Die Kollegin Albrecht konnte quasi Kommen und Gehen wie sie es für sich für erforderlich hielt. In all den Jahren wurde vom Leiter des Ermittlungsdienstes immer die schützende Hand über sie gehalten. Natürlich wurde auch sie gefragt, ob sie für die zahlreichen Sondereinsätze zur Verfügung stehen könnte, was im Regelfall immer verneint wurde. Ist das vielleicht schon zu viel? Soll das fehlende Rückendeckung eines direkten Vorgesetzten sein?

Und auch im späteren Verlaufe, bei Führung einer Gerechtigkeitsliste, änderte sich nichts.

Nun ist es aber so, dass jeder andere Kollege auch Interessen hat! Das diese vielleicht nicht bekannt gegeben werden oder nicht so sehr beeindruckt werden und bleibt für jeden Vorgesetzten irrelevant. In all den Jahren hier auf dem 4. PR Kiel habe ich noch keinen Vorgesetzten erlebt, der kein Verständnis für schwierige Situationen hat. Trotzdem

müssen die Anforderungen für Sondereinsätze erfüllt werden und leider ist der Personalbestand endlich. Jedoch gilt es auch Gerechtigkeit walten zu lassen. Da wiegt es eben nicht permanent schwerer, wenn es einen privat mehr „erwischt“ hat.

Ich möchte hier ausdrücklich nicht den Vergleich zur freien Wirtschaft bringen, denn dort wird ganz anders regiert und keiner ist gezwungen zu arbeiten. Arbeitszeit ist Leistungszeit und wer sich für den Beruf eines Beamten entscheidet, dem sollte zudem bewusst sein, auch mal mehr zu machen. Wenn dies nicht möglich ist, so steht es jedem frei, seine Wochenarbeitszeit zu reduzieren und so zunächst selbst für Entlastung zu sorgen.

Parallel dazu will ich hier erwähnen, dass es auch andere Mütter gab, die die Betreuungsproblematik hatten, jedoch dann an anderen Stellen und Aufgaben ihren Teil für die Organisation pflichtbewusst ablieferten. Es bleibt eben jedem selbst überlassen, was er im Spiegel sehen will. Von der Kollegin Albrecht wurde zudem auch Kritik an der gängigen Praxis der allseits anerkannten Dienstzeitvereinbarung geäußert. Hier stelle ich klar, dass in diesem Zusammenhang von ihr lediglich aus dienstlichen Gründen erwartet wurde, an einem einzigen Freitag im Monat einen Nachmittagsdienst zu absolvieren. Hier sollte eine Entlastung für Kollegen geschaffen werden, die am darauf folgenden Sonnabend mal wieder in den Holstein-Einsatz fahren mussten. Dies konnte bilateral nicht mit ihr erreicht werden, sodass die Kollegin daraufhin den Weg zur Revierleitung und zum Personalrat wählte. Im Abschluss wurde dann mit ihr und ihrem Mann genau diese Regelung von ihr akzeptiert. Abzüglich von Urlaub oder sonstigen Terminen, redeten wir hier von ca. acht bis zehn Freitagen im ganzen Jahr. Im Vergleich zu den geleisteten Sondereinsätzen, Schichtvertretungen oder auch eigenen Freitag-Spät-Anzeigenaufnahmendiensten ihrer Kollegen, ist es wohl schon fast Häme, hier von mangelndem Verständnis zu reden. Wir alle bekommen ein gutes Gehalt, da darf der Dienstherr und in Vertretung letztlich jeder Kollege auch erwarten, dass eine Gegenleistung er-

bracht wird. Inwieweit dies dann auch von ihr gelebt wurde, kann ich jedoch nicht erinnern, zumal dann ein neuer Vorgesetzter verantwortlich wurde. Auch bei diesem möchte ich aus meiner Position sagen, war sein Tun von außerordentlichem Verständnis geprägt. Nun liegt es in der Natur der Sache, dass man sich zunächst erstmal mit seinem Chef über Probleme und dienstlichen Erfordernissen unterhält, sodass der Vorwurf, dass „am nächsten Tag erneut ein Beitrag eingefordert wird“, vollkommen selbstverständlich ist. Das polizeiliche Leben geht eben weiter. Ich stelle klar, dass ich mit der Kollegin Albrecht nicht tauschen möchte, aber sein Leid über die Bedürfnisse der Kollegen zu stellen, empfinde ich als ungerecht. Zudem sind, wenn von ihr auch nicht wahrgenommen, diverse Gespräche mit ihren Kollegen geführt worden. Vielleicht sollte man aber auch selbst erkennen, wenn man den Bogen überspannt. Dann ist es eben auch nicht verwunderlich, wenn man von Kollegen die Meinung gesagt bekommt und der „Chef“ keinerlei Argumente hat, die Kollegen vom „Verständnis für ihre Situation“ zu begeistern. Dies alles eingebettet in zusätzliche Mutter-Kind- oder Familienkuren und der damit einhergehenden Mehrbelastung sowie die Konkurrenzsituation im Beurteilungsgeschäft führt dann zu den gefühlten Anfeindungen. Ich würde mir an dieser Stelle auch mehr Verständnis wünschen. Und zwar für die Problematik eines Vorgesetzten, der versucht es allen Recht zu machen, was bekanntermaßen unmöglich ist. Jedoch in der Gewerkschaftszeitung vorgeführt zu werden, weil man genau dies versucht hat, ohne zuvor die Chance zur Stellungnahme zu haben, ist nicht die feine Art.

Es ist dabei zudem unglücklich, wenn gerade mit dem Bezug „Rückenwind“ die moralische Keule ausgepackt wird. Es geht nicht nur um Vorgesetzte, es geht auch um die Kollegen, die alles Menschenmögliche unternehmen, um jeden Sondereinsatz zu fahren, nicht nur weil sie es müssen, sondern weil sie es von sich selbst erwarten. Auch diese Kollegen haben Rückenwind verdient!

**Mit kollegialen Grüßen
Detlef Burmester**



Namibia

14-Tage-Erlebnisreise
vom 4. bis 17. Februar 2019



Höhepunkte Ihrer Reise:

- Begegnungen im Penduka Projekt in Katutura
- Unterwegs in der Kalahariwüste
- Erkundungen im Köcherbaumwald
- Atemberaubender Fish River Canyon
- Allradfahrt ins Sossusvlei
- Orientierungsfahrt durch das koloniale Swakopmund
- Wildbeobachtungsfahrten im Reisebus im Etoscha-N.P.
- Alle Eintrittsgelder und Gegebühren
- Qualifizierte Deutsch sprechende Erlebnisreiseleitung (Driverguide)
- Ausgewählte Reiseliteratur

Leistungen, die überzeugen:

- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Flüge ab Frankfurt mit Air Namibia in der Economy-Class bis/ab Windhoek
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Transfers am An- und Abreisetag
- Rundreise/Ausflüge im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- 11 Übernachtungen in Hotels/Lodges/Gästefarm (Bad oder Dusche/WC)
- 11x Frühstück, 11x Abendessen

2.595,- p.P.
Einzelzimmerzuschlag: 225 €

PSW wird
25

Weitere Informationen
und Angebote im Internet
unter www.psw-tours.de

psw-tours.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
E-Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092

Veranstalter: Gebeco GmbH, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel Mindestteilnehmerzahl 30 Personen. Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten.



Auszeit gewünscht?

ab **180 €**
in der
Meerblickkabine!

Unser einmaliges PSW-Angebot Reisetermin

PSW wird
25

7. bis 9. September

Reiseverlauf: Freitag - Sonntag

1. Tag: Abfahrt 14 Uhr
2. Tag: Ankunft Oslo 10 Uhr
Abfahrt Oslo 14 Uhr
3. Tag: Ankunft Kiel 10 Uhr

Termine und Preise:

1. bis 3. Juni 2018 oder
7. bis 9. September 2018

pro Person **180 €**
Einzelkabinenzuschlag 90 €

Leistungen:

- ➔ Schiffsreise Kiel – Oslo – Kiel
- ➔ ***2-Bett-Meerblickkabine zur Doppelbelegung
- ➔ 2 x reichhaltiges Frühstücksbuffet an Bord
- ➔ Täglich wechselndes Showprogramm
- ➔ Insolvenzversicherung

Zubuchbar:

- ➔ Stadtrundfahrt Oslo Highlights p. P. 41,60 €
- ➔ Skandinavisches Schlemmerbuffet p. P. und Strecke 37,70 €



Fotos: Color Line



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.

Color Line · 24143 Kiel

Und was sonst noch so war ...

1. Juni

Stippvisite beim Blume-Fest unter dem Motto „Black and White“. Dank einer Freundin vom BdK ist unsere Geschäftsstelle eingeladen, dieses Event kennenzulernen. Ein sehr gelungenes Fest der K-Kollegen, bei dem ich mich auch dem neuen Abteilungsleiter im Innenministerium, Dr. Holleck, vorstellen kann.

4. Juni

Gespräch mit RA Dr. Böttner aus Neumünster. Er wird als Strafverteidiger uns auf Anregung von Kollegen der Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte uns künftig im Raum Neumünster als Vertrauensanwalt der GdP zur Verfügung stehen. Außerdem Gespräch mit RA Seiffert aus Flensburg. Er wird künftig in den Bereichen Arbeitsrecht, Zivilrecht, Strafrecht als unser Vertrauensanwalt den Norden abdecken.

5. Juni/26. Juni

Unsere Arbeitsgemeinschaft Anwärterwerbung sitzt in der Sonne zusammen und bereitet das diesjährige Begrüßungsforum an der FHVD in Altenholz und die Infoveranstaltung an der PD AFB Eutin vor. Unter anderem entwickeln wir einen neuen Flyer mit den wichtigsten Infos.

8. Juni

Sitzung des erweiterten Vorstands der Regionalgruppe Lübeck. Erstaun-

lich, wie viele engagierte Menschen ich wiedertreffe. Auch neue sympathische Gesichter mit vielen guten Ideen treffe ich. Stolz kann ich verkünden, dass die Geschäftsstelle in Sachen Erstattung Altersdiskriminierung inzwischen beim Buchstaben „K“ angelangt ist.

14. Juni

Gemeinsam mit dem Stellvertretenden Landesvorsitzenden Sven Neumann und der Sprecherin Ines Saß fahre ich nach Hamburg ins Tonstudio Funk. Dort spricht sie den Text für unseren neuen Film ein. Hochprofessionell wird dort gearbeitet. Vielen Dank an Ines und das Tonstudio! Das können wir gern wiederholen.

18.–20. Juni

Professionelles Medientraining der GdP Bund für unseren Kassierer Thomas Mertin und mich in Berlin. Wir verbringen einen Tag im Filmstudio und lernen uns und unser Verhalten vor der Kamera besser kennen. Wichtigste Frage bei einem Interview: „Bin ich dazu bereit?“ (inhaltlich und mental).

22. Juni

Teambuildingmaßnahme der Geschäftsstelle: Nach der Neubesetzung ist es heute endlich soweit – wir haben unsere „landeskundliche Studienfahrt“. Sie führt uns morgens um 8.00 Uhr in die JVA Kiel, was v. a. für meine drei Kollegen hoch spannend und auf-



Entspannte Gesichter: Die Mitarbeiter der GdP-Geschäftsstelle bei ihrer „landeskundlichen Studienfahrt“.

regend ist. Danke an Martina Reinberg, die uns einen interessanten Einblick hinter die Kulissen gewährt hat, einen kurzzeitigen Einschluss inbegriffen. Auch dem RG-Vorsitzenden JVA Thorsten Schwarzstock statten wir im Offenen Vollzug einen kurzen Besuch ab.

Abschließend geht es zur Regatta-begleitfahrt auf der MS „Princess“ über die Kieler Förde. Dort haben wir Gelegenheit, über das eine oder andere im Arbeitsalltag zu sprechen.

Der Tag endet mit einem Bummel über die Kieler Woche in Schilksee und in der City. Danke, Kollegen, das hat Spaß gemacht und schreit nach einer Wiederholung!

25. Juni

Eröffnung des Einsatztrainingszentrums Eutin an der PD AFB. Bei imposanten Vorführungen wird mir wieder einmal klar, welche Herausforderungen der Polizeiberuf mit sich bringt und warum ein ETZ so wichtig ist. Besonders gefällt mir die Stätte zur Besinnung, die geplant ist. Im Moment steht dort ein großer Bronze-Engel in der Ecke. Es soll voraussichtlich ein Wettbewerb stattfinden, wie ein solcher Ort der Ruhe und des Erinnerns, für Anteilnahme und Trauer, zum Gedenken an Kollegen und als Mahnung zur Wachsamkeit nach belastenden Einsätzen gestaltet werden kann.

29. Juni

Erstattung der Gerichtsgebühren für die Altersdiskriminierung freigezeichnet bis zum Buchstaben „Z“. Viele Mitglieder freuen sich über das „unerwartete Urlaubsgeld“. Nach meinem Urlaub kümmern wir uns gemeinsam mit RA Gülden-zoph um die wenigen Problemfälle, die verbleiben ...

